



Liu Xiaobo, Tibets Intellektuelle und die Europäische Union

Die Auszeichnung des inhaftierten chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo mit dem Friedensnobelpreis hat dafür gesorgt, dass die gewaltlosen politischen Gefangenen in der Volksrepublik China - zumindest für den Augenblick - wieder mehr Aufmerksamkeit erhalten. Zwar wurde in Fachkreisen nie angezweifelt, dass es sich dabei nicht um bedauerliche Einzelfälle handele, sondern um das Ergebnis einer systematischen staatlichen Politik. Doch vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen und weltpolitischen Aufstiegs Chinas war die Menschenrechtslage im Reich der Mitte vielen Medien etwas aus dem Blick geraten. Dabei musste man nur nach Tibet schauen, um zu erkennen, dass sich an dem Grundgegensatz zwischen einer sich rasant entwickelnden, gleichwohl gelenkten Ökonomie einerseits und einem vollständig der Kontrolle durch die Kommunistische Partei unterstehenden politischen Prozess andererseits nichts geändert hat.

Tibet ist in dieser Hinsicht ein guter Gradmesser für die aktuellen Tendenzen der chinesischen Politik, nicht nur was den Umgang der Führung mit den nationalen oder religiösen Minderheiten anbelangt. Die Entwicklung seit den Unruhen des Frühjahrs 2008 lässt daher leider wenig Hoffnung auf baldige Verbesserung aufkeimen. So wird immer klarer, dass der März 2008 einen Wendepunkt im Verhältnis zwischen der Pekinger Führung und den Tibetern dargestellt hat. Insbesondere die tibetischen Intellektuellen stehen seitdem unter Druck wie seit den Tagen der Kulturrevolution nicht mehr. Die International Campaign for Tibet konnte dies in ihrem im Mai 2010 erschienenen Bericht „A Raging Storm: The Crackdown on Tibetan Writers and Artists after Tibet’s Spring 2008 Protests“ erstmals belegen. Darin werden die Fälle von mehr als 30 verhafteten oder „verschwundenen“ tibetischen Autoren, Bloggern und Künstlern dokumentiert.

Inzwischen scheint für die chinesischen Behörden jedes Engagement von tibetischer Seite verdächtig zu sein, wenn es dazu führt, dass Einzelne als Tibeter in der Öffentlichkeit sichtbar werden. Selbst vorbildlicher zivilgesellschaftlicher Einsatz schützt offenbar nicht vor den Nachstellungen des Machtapparats. So geschehen im Fall der drei tibetischen Umweltschützer Karma Samdrup, Rinchen Samdrup und Chime Namgyal. Die drei Brüder sind Gründer der bekannten Umweltschutzorganisation „Three Rivers Environmental Protection Group“, deren Arbeit sogar in staatlichen chinesischen Publikationen lobend erwähnt worden ist. Alle drei befinden sich derzeit

in Haft, deren Dauer zwischen 21 Monaten und 15 Jahren beträgt. Nach Einschätzung der International Campaign for Tibet hat sich keiner der drei eines Vergehens schuldig gemacht hat. Die International Campaign for Tibet fordert daher ihre unverzügliche Freilassung.

Dauerbrenner in der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Chinapolitik des Westens ist das uneinheitliche Auftreten der EU gegenüber Peking. Auch die Nobelpreisverleihung an Liu Xiaobo hat nochmals deutlich gemacht, dass es an klarer und konsistenter Positionierung insbesondere in der Frage der Menschenrechte innerhalb der EU fehlt. Die International Campaign for Tibet hat zur Verleihung des Nobelpreises an Liu Xiaobo einen Bericht veröffentlicht, der die unterschiedlichen Reaktionen der EU-Mitgliedsstaaten unmittelbar nach Bekanntgabe der Ehrung Liu Xiaobos dokumentiert. Während einige Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, die Entscheidung des Nobelpreiskomitees in Form und Inhalt deutlich begrüßt haben, schwiegen sich andere Mitgliedsstaaten zur Nachricht aus Oslo gänzlich aus. Der ICT-Bericht „Reactions to Liu Xiaobo’s Nobel Peace Prize in Europe“ zeigt damit deutlich die Parallelen zum uneinheitlichen Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in der Tibetfrage auf. Dringend gesucht: eine nachdrückliche und konsistente EU-Menschenrechtspolitik gegenüber China. ■

Links

- ICT-Bericht „A Raging Storm“: http://savetibet.de/fileadmin/user_upload/content/berichte/Raging_Storm.pdf;
- ICT-Bericht über Karma Samdrup: http://www.savetibet.org/files/documents/a_sharp_knife_above_his_head.pdf;
- ICT-Bericht „Reactions to Liu Xiaobo’s Nobel Peace Prize in Europe“: http://savetibet.de/fileadmin/user_upload/content/berichte/ICT_Reactions_Nobel_Peace_Prize.pdf.



ICT Deutschland
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin
Tel.: +49[0]30 2787 9086
Fax: +49[0]30 2787 9087
info@savetibet.de
www.savetibet.de

01/11

IN DIESER AUSGABE

SEITE 1	Liu Xiaobo, Tibets Intellektuelle und die Europäische Union
SEITE 2	Andrew M. Fischer: ungleiche soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Tibet
SEITE 3	Chinas Einfluss in Nepal
SEITE 4	Sonderberichtserstatter warnt vor den Folgen von Nomadenansiedlung



Andrew M. Fischer: ungleiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Tibet

Han-Chinesen auf der Überholspur, Tibeter auf dem Standstreifen - so könnte man etwas plakativ die Ergebnisse der Forschungen des an der Erasmus-Universität in Rotterdam lehrenden Soziologen Andrew Martin Fischer zu der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den tibetischen Gebieten innerhalb der Volksrepublik China zusammenfassen. In seinem Artikel „The Political Economy of Boomerang Aid in China's Tibet“, erschienen im Band „Deadlock in Tibet“ der „China Perspectives“, analysiert Fischer den Effekt der massiven staatlichen Investitionen in die tibetische Wirtschaft und Infrastruktur der letzten 15 Jahre auf die ohnehin schon problembeladenen Beziehungen zwischen der angestammten tibetischen Bevölkerung und den vorwiegend han-chinesischen Zuwanderern aus anderen Regionen Chinas. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass die von der KP-Führung in Peking betriebene wirtschaftliche und soziale Entwicklung Tibets ganz wesentlich dazu geführt hat, die bestehenden Schwierigkeiten zu verschärfen. Anders als die chinesische Regierung, die staatlichen chinesischen Medien und „the regular set of western scholars and commentators“ sieht Fischer die Ursache für die massiven tibetischen Proteste im Frühjahr 2008 denn auch nicht im finsternen Treiben ausländischer Kräfte, sondern vor allem in den Ergebnissen eben dieser Politik.

Im ersten Kapitel seines Aufsatzes betrachtet der Autor das rasante Wirtschaftswachstum in Tibet seit Mitte der neunziger Jahre, das zwischen 1997 und 2007 sogar noch über den ohnehin schon beeindruckenden Wachstumsraten der gesamten Volksrepublik lag. Dem waren allerdings auch Jahre der Stagnation, ja sogar des Schrumpfens vorausgegangen, nicht zuletzt deswegen, weil die Reformpolitik unter Deng Xiaoping anfänglich den Großteil der staatlichen Investitionen zu Lasten des Landesinneren in die chinesischen Küstenprovinzen lenkte (1996 hatte die Autonome Region Tibet daher das zweittiefste Pro-Kopf-Einkommen aller Provinzen und Regionen in der Volksrepublik). Die ab Mitte der Neunziger Jahre einsetzende Investitionstätigkeit in Tibet fand zum überwiegenden Teil in Sektoren statt, in denen die lokale tibetische Bevölkerung ohnehin stark unterrepräsentiert war, namentlich betraf dies die staatliche Verwaltung und die teilweise gigantischen Bauprojekte im Bereich der Infrastruktur. Die gegenläufigen Tendenzen in Bezug auf die wirtschaftliche Aktivität der Tibeter und der zugewanderten Chinesen wurden verschärft durch eine staatlich gelenkte Investitionspolitik, die zwar sehr große Geldsummen vor Ort zum Einsatz brachte, allerdings mit dem Resultat, dass die Rückflüsse

in Form von Gewinnen sehr schnell dazu führten, dass die tibetische Wirtschaft ein strukturelles Defizit gegenüber den ostchinesischen Boomregionen aufzuweisen hatte. Auf diese Rückflüsse bezieht sich Fischer auch im Titel des Aufsatzes: Die gerne auch als Aufbauhilfe für die „rückständigen“ Tibeter dargestellten Investitionen haben einen Bumerang-Effekt zur Folge. Weil den meisten Tibetern bedingt durch mangelnde Chinesischkenntnisse, geringe Vertrautheit mit der chinesischen Arbeitskultur und geringer Vernetzung mit den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Verwaltung der Zugang zu den boomenden Sektoren der Wirtschaft fehlt, profitieren Fischers Forschungsergebnissen zufolge fast ausschließlich zugewanderte Han-Chinesen von dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung in Tibet. Am Großteil der Tibeter geht dieser weitgehend vorbei, der so genannte „Trickle Down“-Effekt wird von Fischer für überraschend gering eingeschätzt, wenn man bedenkt, welche hohe Summen insgesamt in die Region geflossen sind. Zusammenfassend konstatiert er eine selbst für gebildete Tibeter enorm geringe Wahrscheinlichkeit der Einflussnahme auf die eigenen Geschicke. Anders als in anderen Teilen Chinas sei in Tibet die Dezentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse nicht voran gekommen, alle wesentlichen Dinge würden in Peking entschieden und vor Ort durch „importiertes“ Personal umgesetzt. Ein Gefühl der Entfremdung sei so für eine Mehrheit der Tibeter die unausweichliche Folge, selbst dann, wenn sie hier und da zumindest etwas von der allgemeinen Entwicklung profitieren sollten.

Fischers Erklärungsansatz gibt einen erhellenen Einblick in die Ursachen der Tibet-Proteste in 2008. Nicht eingehen jedoch kann der Autor mit seiner dezidiert ökonomischen Betrachtungsweise auf die systematische Vorenthaltung fundamentaler Rechte in Tibet, die sich wie die Religionsfreiheit außerhalb des ökonomischen Bereichs bewegen. Die Tibet-Proteste von 2008 auch mit der wirtschaftlichen und sozialen Marginalisierung in Tibet zu erklären, ist hilfreich, ersetzt jedoch nicht eine ganzheitliche Betrachtung der Tibet-Frage. ■

Link:

• Andrew M. Fischer, : „The Political Economy of Boomerang Aid in China's Tibet“, China Perspectives 2009(3): 38-55. <http://www.cefc.com.hk/perspectives.php>.



Chinas Einfluss gefährdet tibetische Flüchtlinge in Nepal / Wikileaks-Depeschen

Nachdem die drei Tibeter nepalesischen Boden erreicht hatten, glaubten sie, sie hätten es geschafft. Doch die Polizei nahm sie fest, ihre Flucht war gescheitert. Die nepalesischen Beamten verständigten die chinesischen Grenztruppen und brachten die drei Tibeter per Helikopter zum nächsten Grenzort, wo sie von den Chinesen in Empfang genommen wurden. So geschehen im vergangenen Juni im Kreis Humla im Westen Nepals. Mit diesem offenkundigen Verstoß gegen das Non-Refoulement-Gebot verletzte Nepal nicht nur seine aus der Unterzeichnung der Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen resultierenden völkerrechtlichen Verpflichtungen. Das Land verstieß damit auch gegen das „Gentlemen's Agreement“ mit dem UNHCR, eine ungeschriebene Vereinbarung, der zufolge das Flüchtlingskommissariat der UN allen tibetischen Flüchtlingen zur sicheren Weiterreise nach Indien verhelfen dürfe. Leider handelte es sich dabei um keinen Einzelfall. Berichte, denen zufolge chinesische Grenztruppen offen und unbehelligt auf nepalesischem Territorium operieren, häufen sich. Zudem ist davon auszugehen, dass viele Fälle von Rückschiebungen aus Nepal nicht bekannt werden.

Wie aus dem im Juni veröffentlichten Bericht „Dangerous Crossing“ der International Campaign for Tibet hervorgeht, hat sich die Zahl der Flüchtlinge zuletzt auch aufgrund der scharfen Sicherheitsmaßnahmen an der nepalesischen Grenze verringert, von zwischen 2.500 und 3.500 Tibetern pro Jahr in der Mitte des Jahrzehnts auf deutlich unter jeweils 1.000 in den letzten beiden Jahren. Doch nicht nur die Flucht nach Nepal wird schwieriger. Generell lässt sich in den vergangenen Jahren eine deutliche Verschlechterung der Lage der bereits in Nepal lebenden tibetischen Flüchtlinge feststellen. Der Einfluss Pekings auf die nepalesische Regierung hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Die ohnehin schon enge Zusammenarbeit der beiden Nachbarn soll offenbar weiter intensiviert werden. Zum einen will die Volksrepublik China die nepalesischen Grenztruppen technisch besser ausstatten und die Ausbildung der Einheiten verbessern. Zum anderen wurde ein enger Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden der beiden Länder vereinbart, der insbesondere darauf abzielt, so genannte „anti-chinesische Aktivitäten“ in Nepal zu unterbinden, eine Bezeichnung, die üblicherweise für jeglichen Protest der in Nepal lebenden Tibeter gegen die Politik der Volksrepublik verwendet wird. So wurde dem inoffiziellen Vertreter des Dalai Lama in Kathmandu von Seiten der Polizei gedroht, auf friedliche Demonstranten würde scharf geschossen, sollten diese ihren Protest vor die Botschaft Chinas tragen. Der indischen „Hindustan Times“ zufolge

hat die Volksrepublik China Nepal logistische Unterstützung in Höhe von 295.000 US-Dollar zukommen lassen, um die Sicherheit an der Grenze zu verbessern. Weiterhin unterstützte Peking die nepalesische Regierung mit der Zahlung von jährlich 1,47 Millionen US-Dollar, die gegen „anti-chinesische Aktivitäten“ in Nepal eingesetzt werden sollen.

Wikileaks: China bezahlt Nepal für Abweisung von Tibetern

China zahlt laut einer von Wikileaks veröffentlichten US-Diplomatendepesche nepalesischen Polizisten Geld für die Zurückweisung von tibetischen Flüchtlingen. Das Land belohne nepalesische Grenzschützer, die Tibeter an der Ausreise aus China hindern, schrieb ein Angehöriger der US-Botschaft in Indiens Hauptstadt Neu Delhi. Peking habe Kathmandu zudem gebeten, die Grenzkontrollen zu verstärken, hieß es darin. Ein Sprecher der nepalesischen Polizei nannte die Anschuldigungen laut AFP „unbegründet“. „Diejenigen, die illegal nach Nepal kommen, nehmen wir fest und übergeben sie der Einwanderungsbehörde“, sagte er in der Meldung vom 20. Dezember 2010. Aus einer weiteren Botschaftsdepesche aus dem Jahr 2005 gehe, so die „Times of India“, hervor, dass der nepalesische König die Frage der in Nepal lebenden Flüchtlinge aus Tibet von der Unterstützung durch die Vereinigten Staaten abhängig gemacht habe. Die USA sollten, so heißt es, demnach ihre Politik gegenüber Nepal grundsätzlich ändern, bevor auf die Forderungen nach wirksamen Schutz der Tibeter in Nepal eingegangen werden könne. ■

Links

- ICT-Bericht „Dangerous Crossing“, http://savetibet.de/fileadmin/user_upload/content/berichte/ICT_Dangerous_Crossing_2009_June_2010.pdf;
- Hindustan Times, 19. Dezember 2010: „China ‘pays’ Nepal to hand over Tibetan refugees“, <http://www.hindustantimes.com/China-pays-Nepal-to-hand-over-Tibetan-refugees/Article1-640237.aspx>;
- AFP, 20. Dezember 2010: „Wikileaks: China bezahlt Nepal für Abweisung von Tibetern“, <http://de.news.yahoo.com/2/20101220/tpl-wikileaks-china-bezahlt-nepal-fuer-a-ee974b3.html>;
- Times of India, 15. Januar 2011: „Nepal's king traded Tibetan refugees for US support: WikiLeaks“, <http://timesofindia.hotklix.com/link/News/World/Nepal-s-king-traded-Tibetan-refugees-for-US-support-WikiLeaks>.



Sonderberichterstatter der UNO warnt vor negativen Folgen von Nomadenansiedlung

Zum Abschluss seiner Chinamission vom 15.-23. Dezember 2010 hat der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, darauf hingewiesen, dass tibetische und mongolische Nomaden nicht zur Ansiedlung gezwungen werden sollten. Grundlage der erzwungenen Ansiedlung der tibetischen Nomaden ist die so genannte „tuimu huancao-Politik“, sinngemäß zu übersetzen mit „Tiere entfernen, damit Gras wachsen kann“. In dem Bericht von De Schutter, der am 23. Dezember veröffentlicht wurde, wird festgestellt: „Während es kaum Zweifel gibt über das Ausmaß der Degradation, möchte der Sonderberichterstatter anmerken, dass Hirten nicht aufgrund von Maßnahmen, die im Rahmen der „tuimu huancao-Politik“ ergriffen wurden, in eine Situation gebracht werden sollten, in der sie keine andere Wahl haben als ihre Herde zu verkaufen und sich anzusiedeln“. („Vorläufige Beobachtungen und Ergebnisse: Mission in die Volksrepublik China vom 15.-23. Dezember 2010“).

Seit Beginn der „Westlichen Entwicklungsstrategie“ im Jahre 1999 hat die chinesische Regierung im Rahmen ihrer Ansiedlungspolitik Land beschlagnahmt und eingezäunt, wodurch die tibetischen Hirten massiv in ihrer nomadischen Lebensweise beschnitten wurden. Zehntausende von tibetischen Nomaden wurden aufgefordert, ihre traditionelle Lebensweise aufzugeben, ihr Vieh zu schlachten und in neu errichtete Unterkünfte in Städten oder die Nähe von Städten zu ziehen. So berichtete im November 2010 der englischsprachige Nachrichtendienst China Tibet Online, dass von 2006 bis 2010 43.359 Nomadenfamilien in der Autonomen Region Tibet ihre nomadische Lebensweise aufgeben hätten. Weitere 12.949 Familien sollten in den kommenden fünf Jahren angesiedelt werden, heißt es in dem Bericht weiter. Wieviele Familien seit Beginn der Ansiedlungspolitik ihr nomadisches Leben in der Autonomen Region Tibet aufgeben mussten, wird offen gelassen. Insgesamt 1,08 Milliarden Yuan habe die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission und das Landwirtschaftsministerium für die Ansiedlungspolitik zur Verfügung gestellt.

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung stellt in seinem Bericht fest: „Das Internationale Abkommen über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte verbietet es, Menschen ihre Mittel zum Erwerb des Lebensunterhaltes zu entziehen und die Biodiversitätskonvention von 1992 anerkennt die Wichtigkeit von indigenen Gemeinschaften als Garanten und Beschützer von Artenreichtum (Art. 8 j). China hat diese Dokumente beide ratifiziert.

Der Sonderberichterstatter ruft die chinesischen Behörden dazu auf, konstruktive Verhandlungen mit den Nomadengemeinschaften zu führen [...]“.

Die International Campaign for Tibet ist der Überzeugung, dass die Politik der chinesischen Regierung nicht nur eines der letzten Systeme nachhaltiger Viehzucht auf der Welt bedroht, sondern sie gefährdet nach wissenschaftlichen Erkenntnissen auch das tibetische Weideland und den Artenreichtum. So haben chinesische, tibetische und westliche Wissenschaftler festgestellt, dass die Mobilität des Viehbestandes sich auf den Zustand des Weidelandes positiv auswirkt und negative Erwärmungseffekte abgeschwächt werden. ■

Links

- China Tibet Online, „Tibet helps 43,359 nomad households build houses between 2006 and 2010“, 1. Dezember 2010: http://eng.tibet.cn/2010home/news/201012/t20101202_777505.html; ;
- „Vorläufige Beobachtungen und Ergebnisse: Mission in die Volksrepublik China vom 15.-23. Dezember 2010“, <http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/de-schutter-china-statement.pdf>;
- Pressemitteilung: „From food security to the right to food: UN expert highlights China’s next steps“, 23. Dezember 2010: http://www.srfood.org/images/stories/pdf/press_releases/20101223_china-mission-press-release_en.pdf;
- Katherine Morton, „An uncertain future on the Plateau“, in „China Dialogue“, 28. April 2009. <http://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/2961>.

TIBET BRIEFING

Informationsblätter der International Campaign for Tibet Deutschland e.V. [ICT]
19. Januar 2011. International Campaign for Tibet Deutschland;
Schönhauser Allee 163, 10435 Berlin.
Redaktion: Kai Müller [V.i.S.d.P.]
© ICT. Gestaltung: Hiltrud Thöne.